

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch den Postweg 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Verlagsort: Berlin, Wilmersdorf, Wilmersdorfer Str. 23/25. Verleger: Verlag v. G. u. v. D. C. G. m. b. H. Berlin. Fernsprechnummer: Ring Nr. 687.

Dienstag, den 26. Juli 1921

Wagenverleiher: Die Leipziger Wilmersdorfer Str. 23/25. Die Leipziger Wilmersdorfer Str. 23/25. Die Leipziger Wilmersdorfer Str. 23/25.

Aufruf zu einer Hilfsaktion für Sowjetrußland.

An das deutsche Proletariat! An die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land!

Seit nahezu vier Jahren verteidigt sich Sowjetrußland gegen eine Welt von Feinden. Mit beispiellosem Heldentum und Latkraft hat das russische Proletariat alle Anschläge des internationalen Imperialismus und der von ihm gedungenen russischen Weissen Garden abgewehrt.

Trotz einer vom Faschismus überkommenen völlig zerrütteten Wirtschaft, trotz der völligen Zerrüttung des Verkehrswesens, ist es den Anstrengungen der Sowjetorgane gelungen, nicht nur eine unüberwindliche rote Armee aufzustellen und mit allem Notwendigen zu versorgen, sondern darüber hinaus weitgehende Maßnahmen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete durchzuführen.

In dem Augenblick nun, wo Sowjetrußland nach der Abwehr aller seiner Feinde glücklicherweise eine Atempause gewonnen hatte und sich ganz seiner aufbauenden Arbeit hingab, ist

eine neue ungeheuerliche Katastrophe über das hartgeprüfte Land hereingebrochen.

Eine beispiellose Dürre hat die ergiebigen Kornkammern Sowjetrußlands in öde Wüsteneien verwandelt. Auf weiten Strecken ist die ganze Ernte vernichtet. Millionen und Aber-Millionen fleißiger Bauern, deren Frauen und Kinder sind den furchtbaren Qualen des Hungers überantwortet. Entsetzt und verzweifelt stehen sie in Massen vor dem Anblick der verheerenden Wirkungen einer unerbittlichen Naturgewalt, die kein Menschenwitz zu bannen vermag und gegen die kein Land und kein Volk aufsteht.

Dazu kommt eine zweite furchtbare Menschheitsplage: die Cholera, die in lothringenden Vormarsch von Osten nach Westen anzutreten im Begriff ist. Ihre Ausbreitungsgeschwindigkeit ist riesengroß. Es fehlt an Ärzten, an Mitteln, an hygienischen Einrichtungen zu ihrer wirksamen Bekämpfung. Die Ernährung und die durch die Hungersnot in Bewegung gesetzten Bauernmassen sind dem Vordringen der menschenmörderischen Epidemie preisgegeben.

Und um das Maß des Unglücks des russischen Volkes voll zu machen, wird das Land zur Zeit noch von einer dritten großen Gefahr bedroht:

Die Maschinerie des internationalen Imperialismus wittern Morgenluft.

Der Augenblick erscheint ihnen günstig, um das Rußland der Arbeiter und Bauern zu stürzen und die alten Mächte der kapitalistischen Reaktion wieder in den Sattel zu heben.

Gewissenlose russische Verschwörer, raubklammernde französische Gewaltpolitiker und ihre polnischen und rumänischen Vasallen

rüsten fieberhaft, um das mit dem Hunger und der Cholera verzweifelt ringende proletarische Rußland zu Boden zu schlagen.

Arbeiter, Proletariat Deutschlands!

Die furchtbaren Gefahren, die Sowjetrußland drohen, legen euch zweifache Pflichten auf:

Es gilt vor allem, daß ihr als Klassenkämpfer die tentakelhaften Pläne der imperialistischen Profitsügger mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln durchkreuzt.

Aber ebenso hoch und heilig müssen euch sein eure Menschenpflichten.

Wo Millionen Menschen unschuldig leiden und sterben unter den Launen der Natur und den Gefahren einer tödlichen lothringenden Seuche, kann und darf es unter euch keine politischen Unterschiede geben. Da gilt es zu helfen mit allen Kräften und mit allen Mitteln. Da heißt es, helfend einzugreifen, wo und wann immer geholfen werden kann.

Wie können wir unseren russischen Brüdern helfen?

Wir können ihnen dadurch helfen, daß wir der Sowjetregierung die Möglichkeiten schaffen, dem Hunger und der Cholera wirksam entgegenzutreten.

Wir müssen vor allem dafür sorgen, daß Sowjetrußlands Arme nicht gelähmt werden durch den Kampf gegen die ausländischen imperialistischen Gewalten, die den Hunger als Verbündete begrüßen, um es zu verschärfen.

Wir müssen gleichzeitig alle unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, daß den Hungernden und Kranken in Sowjetrußland alle notwendigen technischen Hilfsmittel zur Bekämpfung der Hungersnot und der Seuchengefahr zur Verfügung gestellt werden.

Dazu gehören in allererster Linie Brot und Arzneimittel.

Diese müssen bereit gestellt werden. Die proletarische Solidarität kann hier viel bewirken. Unsere Kräfte sind klein im Vergleich zu dem, was die Millionen Arbeiter

und Bauern in Rußland zurzeit infolge der Lücken der Natur erdulden müssen. Deshalb muß jeder Arbeiter, jeder Werktätige sein Scherflein zur Linderung der Qualen der Arbeiter und Bauern in den Hungergebieten Rußlands beitragen.

Es muß den vereinigten Anstrengungen der deutschen Arbeiter gelingen,

Lebensmittel und Arzneimittel nach Rußland zu schaffen.

Denken wir an das hochherzige Beispiel unserer russischen Brüder in den Novembertagen 1918, wo sie, der eigenen Not nicht achtend, ihr dürftiges Stückchen Brot mit den deutschen Arbeitern zu teilen bereit waren.

Wir müssen es auch zuwege bringen, dem Beispiel bürgerlicher Menschenfreunde während der Kriegsjahre nachzuahmen, indem wir

hungernden russischen Kindern in unseren Heimen Unterkunft und Verpflegung bieten.

Wir sind überzeugt, daß viele deutsche Arbeiter mit Freuden bereit sein werden, einem russischen Arbeiter- oder Bauernkinde Gastfreundschaft zu gewähren.

Doch die furchtbare Not in Rußland erheischt weit größere Mittel, als die freie Liebesbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse zu gewähren vermag.

Sowjetrußland muß vor allem in den Stand gesetzt werden, die zur notdürftigen Ernährung seiner Bewohner unentbehrlichen Lebensmittel und die zu einer wirksamen Seuchebekämpfung notwendigen Medikamente in ausreichenden Mengen einzuführen. Darüber hinaus muß ihm aber auch die Möglichkeit gegeben werden,

durch eigene Arbeit die Quellen der Not zu verstopfen.

Das kann nur geschehen durch eine weitgehende Hebung seiner landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Voraussetzung dafür ist aber die Einfuhr großer Mengen landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte sowie Kleinerezeugnisse und Transportmittel.

Sowjetrußland ist jedoch heute noch außer Stande, die Einfuhr aller dieser unentbehrlichen Dinge sofort zu bezahlen.

Es braucht deshalb dringend langfristige Handelskredite.

Sowjetrußland muß aber auch vor

den Würgern des kapitalistischen Wuchers

geschützt werden. Seine Einfuhr wird heute unterbunden durch die ruinösen Preise, die ihm von Kapitalisten aller Nationen aufgezwungen werden. Es ist deshalb

ebenso Menschenpflicht, wie ein Gebot der Selbsterhaltung für die Arbeiter aller Länder,

mit allem Nachdruck von ihren Regierungen und ihren Unternehmern zu fordern, daß für die Ausfuhr nach Sowjetrußland

die bisherigen unerfühlbaren Preise und Ausfuhrzuschläge in Wegfall kommen,

und daß für die Lieferungen nach Rußland

keine höheren Preise in Rechnung gestellt werden als diejenigen, die im Inlande selbst üblich sind.

Die Arbeiter mögen bedenken, daß eine gesteigerte Ausfuhr nach Rußland auf Grund langfristiger Kredite und unter Einräumung der deutschen Inlandspreise nicht nur vermehrte Arbeitsgelegenheit für sie selbst schafft, sondern daß sie, indem sie dadurch der augenblicklichen furchtbaren Not entgegenwirken, damit zugleich auch der aufbauenden Arbeit in Sowjetrußland zu Hilfe kommen.

Proletariat, Arbeiter Deutschlands!

Die Not Sowjetrußlands ist eure eigene Not. Darum übt Solidarität mit euren russischen Brüdern und Schwestern. Vereint euch ohne Unterschied der Partei und Gesinnung für den geschlossenen Abwehrkampf gegen Hungersnot und Seuchengefahr in Sowjetrußland. Konzentriert eure Hilfsaktion auf folgende nächstliegenden Ziele:

Sammlungen von Geld, Getreide und Medikamenten für die betroffenen russischen Arbeiter und Bauern!

Unterbringung der gefährdeten russischen Kinder in proletarische Familien!

Erwicklung langfristiger Handelskredite für Sowjetrußland!

Einräumung der Inlandspreise für die Ausfuhr nach Rußland!

Es lebe die internationale Solidarität aller Schaffenden! Es lebe Sowjetrußland, der Staat der Arbeiter und Bauern!

Berlin, den 23. Juli 1921.

Die Zentrale der KPD.

Breslauer Nachrichten

Hunger für Arbeit

Das ist die Erklärung der Arbeiternehmer im August, welche die ihnen von den Arbeitgebern geboten wird. Sieht doch im Pohn von 112,50 Mk. bis 136. Mk. die Woche ohne Kost, Kopis und den anderen Abgaben fast einzig als Bezahlung einer Arbeitergruppe in Breslau, und einzig in unserem Beruf in Vergleich zu anderen Großstädten da. Dafür sind die Arbeitgeber auch die Leiter des Betriebes, die bei jeder Gelegenheit gegen den Arbeitsstand im allgemeinen auftreten, insbesondere aber den Arbeitsstand im Besonderen abgelehnt haben wollen. Dabei sind die Arbeitergehälter noch gar nicht in der glücklichen Lage, den Arbeitsstand zu heben. Ist doch die tarifliche Arbeitszeit auf 12 Stunden festgesetzt, und dafür wird dann der Lohn von meistens nur 112,50 Mk. und nur in seltenen Fällen 120 Mark die Woche gezahlt. Die Gehaltsorganisation hat nun vor etwa 2 Monaten Forderungen an die Arbeitgeber gestellt. Die Verhandlungen hätten einigemale zu einer Einigung geführt, wenn nicht die eine Gruppe, und zwar die der Damenklasse, dies vereitelt hätte. Der nun eingerichtete Schlichtungsausschuss ermahnte ohne weiteres die Notlage der Gehaltsorganisation an, verlangte aber, daß von anderen Großstädten Unterlagen dafür, welche Löhne und Bedienungswerte dort gezahlt werden, vorgelegt werden sollten, um dann auch hier einen entsprechenden Spruch zu fällen. Die Organisation beschaffte die Unterlagen, und in der folgenden Sitzung des Schlichtungsausschusses, der unter dem Vorsitz des Herrn Direktor Stein stattfand, wird auf diese Unterlagen nicht Bezug genommen, weil in allen Städten, die dieselben Lebensverhältnisse haben, die Löhne bedeutend höher als in Breslau sind. Auf einmal stellt sich der Schlichtungsausschuss auf den Standpunkt, daß eine Verteuerung der Lebenshaltung nicht eingetreten ist, und eine Erhöhung des Lohnes der Arbeitergehälter nicht gerechtfertigt wäre, umschmeißt dessen, daß der Lohn kaum die Erwerbslosenfrüherge, und die Hälfte des Existenzminimums erreicht. Sonderbar lautet es an, daß auch die Arbeitervertreter die Ansicht des unparteiischen (?) Vorsitzenden teilen und infolgedessen ein Spruch nicht gefällt werden konnte. Die Arbeitergehälter sollen warten, bis sich die Lebenshaltung verteuert und können in der Zwischenzeit sich und ihre Familien verhungern lassen. So ist es, wenn man sich dem Schlichtungsausschuss fügen wollte. Auch die Forderung der Gehaltsorganisation, den Lohn um 10 Mark die Woche zu erhöhen, lehnten die Arbeitgeber ab. Sie glauben, um so eher Grund dazu zu haben, weil ja auch der Schlichtungsausschuss es für notwendig hielt, die Gehälter auf die Zeit der Forderung zu vertieren. Zu welchen Mitteln nun die Gehälter greifen müssen, ist für jeden klar, da der geistliche Weg an der Parteilichkeit scheitert ist. Wenn in Leipzig 200 Mk., Dresden 180 Mk., Magdeburg 165 Mk. Lohn bei denselben Verhältnissen gezahlt werden, kann es auch von den Breslauer Arbeitgebern bezahlt werden. Aber den Breslauer und besonders dem Obermeister kommt es vor allem darauf an, der Organisation ein auszuweichen und sie möglichst kalt zu lassen. Welche dieser Obermeister allerdings dazu gehören, das scheint der Herr nicht zu wissen, wird es aber vielleicht selber erfahren, als er denkt, denn auch die Arbeitgeber im allgemeinen werden es bald einsehen, wie der Leiter beschaffen ist, er der die Lehren ausnimmt, und dann als Gehaltsorganisation für sie keine Macht mehr hat, weil er ihnen dann ja Lohn zahlen möchte. Das Publikum und besonders die Arbeiterklasse sitzen wie aus dem Fenster geredet, Kampf zu unterstützen, damit auch endlich das Hungergeheiß der Arbeitergehälter und Gehaltsorganisation ein Ende hat. Sie verlangen ja nur eine menschenwürdige Bezahlung unserer Arbeit, und dazu hat doch jeder Arbeiter auch sein Recht. Ein Recht.

Verband der Arbeitergehälter.

Stellen Laffen des vergangenen Zustandes noch nachträglich auf die Schwachen Schultern der Arbeiter abgewälzt. Dazu kommt, daß Arbeitergehälter unter den verschiedensten verschiedenen Parolen die Proletarier nicht zu einer einzigen Kampffront gelangen lassen wollen.

Alle Betriebsräte und alle Arbeiter, denen daran etwas liegt, daß das Proletariat Ober-Schlesiens durch neue Kämpfe, und womöglich durch einen Krieg nicht einem grenzenlosen Elend zugeführt wird, müssen daran arbeiten, daß diese einheitliche Arbeiterfront zustande kommt.

Deshalb Genossen, Kollegen und Betriebsräte, wenden wir uns an Euch mit der Aufforderung, uns bei der Propagierung eines allgemeinen Betriebsräte Kongresses für Ober-Schlesien zu unterstützen.

Ohne Rücksicht auf irgendeine bürgerliche Klasse, ohne Rücksicht auf irgendeine Partei und ohne Rücksicht auf irgendeine nationalitätliche Seite müssen wir als Arbeiter uns die Bruderhand reichen, im Interesse des gesamten Proletariats Ober-Schlesiens. Der einzuberufene Betriebsräte Kongress soll das Sprachrohr sein aller Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität.

Jeder Betriebsrat, der mit dieser Bewegung einverstanden ist, möge sich durch Unterschrift für den Betriebsräte Kongress empfehlen.

Es lebe die Einheit des ober-schlesischen Proletariats!

Peterswaldau. Die Ortschaft verlor ihre Selbstständigkeit unter allen möglichen Verhinderungen zusammenzuhalten. In Langenbielau hat diese Bande eine Wache und Schützengesellschaft gegründet. In dem Textilbetrieb von Chr. Thierig sind ehemalige Offiziere und Mannschaften als Spindel und Kaspierer eingestellt; angeblich zum Schutze des Eigentums. Die Unternehmer, die durch das Textilproletariat mit Lohnabbau bedroht, haben genügend Geld, um diese Campen als Kettenhunde anzustellen. In Langenbielau sind Lastautos mit schweren Rädern nach den Steinhäusern gefahren. Das SPD. Blatt schreibt, daß es gefährlich ist, die bei den Quäkerspeisungen Verwendung finden sollen, seien. Die Proletarier werden spüren, wenn sie nicht auf der Hut sind, wie schwer ihnen diese „Quäkerspeise“ in den Gedärmen liegt.

In Peterswaldau, auf dem Schloß des Grafen Stalberg sind fünf Offiziere und Mannschaften einquartiert. 20 Selbstschützern, die in den Ort mit Gewehr einzogen, fragen, ob es schöne Mädchen habe. Man antwortete ihnen, daß sie die Häuser der Bauernhäuser spüren könnten. Darauf folgten sie ihre „Kulturinstrumente“ Revolver, Dolche und Gewehrknöpfe. Auf dem Dominikus Kirchhof und Jambriuch sind größere Truppen von 50 und mehr Mann untergebracht. Auch diese Meldung zeigt uns, wie frech und gemein diese Verbände die Verordnungen der Regierung verhöhnen. Nur das aufstehende Proletariat wird diese Pest vom Erboden vertilgen.

Görlitz. Ein Beispiel von der Gemeinheit der republikanisch-demokratischen Justiz haben wir in Görlitz. Dort sind Mitte März die Genossen Mandosch, Müsch und Wenzel verhaftet unter dem Verdacht, Führer einer roten Armee zu sein. Dieser

Metallarbeiter!

Heute ist Wahl- und Zahlung! Jede Stimme der kommunistischen Linie!

Die Metallarbeiter-Wahl muß zu einem Markstein auf dem Wege der sozialistischen Revolution werden!

Ist jeder seine Pflicht!

Verdacht hat sich als falsch herausgestellt. Die Richter haben dies ausdrücklich bestätigt. Sie erklären aber, die Genossen nicht entlassen zu können, weil für sie die Verurteilung Oberis vom 20. Mai (?) in Frage komme. Nach dieser Verurteilung wird mit hoher Geld- oder Gefängnisstrafe bedroht, wer bewaffnete Massen bildet, oder wer seine Waffen nicht abgibt. Abgesehen davon, daß für unsere Genossen die Verurteilung Oberis gar nicht in Frage kommt, ist es eine Gemeinheit herabzugeschleichen, die sich die Justizbeamten in Görlitz leisten, indem sie unsere Genossen nicht entlassen.

Wenn man dahingegen die Schonung, die die harte Justiz den Kommunisten — an ihrer Spitze jagend — und den Ortschaftsbüchtern im allgemeinen angedeihen läßt, dann kann man wirklich verstehen, daß die Sozialdemokraten dieser Fraktion im Reichstag dem Justizminister Schäfer das Vertrauen ausgesprochen hat, und deren Minister mit diesem Menschen zusammenhängen, daß diese Sozialdemokraten tatsächlich den niedrigsten Stand aller westlichen Moral erreicht haben.

Aus dem Waldenburger Revier

Altweiser. Die freireligiöse Gemeinde hielt hier eine Versammlung ab. Der Prediger Puljmann hielt einen Vortrag in dem er die Heuchelei der Kirche geißelte. Das angeheuerte Regiment der „alten Hand“ kann jetzt wohl dazu beitragen, die finanziellen Notstände abzumildern. Aber die Kirche hat einen guten Wogen, und das Regiment unter dem Kommando ist nicht mehr anzusehen.

Unter anderem wurde wegen eines empörenden Vorfalles der Pfaffen eine Resolution angenommen:

„Mit Entsetzen nehmen wir heute im Ehrenkreuz der freireligiösen Eltern Kenntnis vom neuesten Gemächsel, den die katholische Kirche wider ausgeht hat, um keines ihrer Schäflein zu verlieren. Eine Kolonade, Hermann Hofmann, ist bei dem Chefarzt Köpfig untergebracht, ohne daß dieses eine Entschädigung dafür verlangte, im Gegenteil, Herr Köpfig hat alle Schritte eingeleitet, um dem Kinde, das mit großer Liebe an ihnen hängt, die Rechte eines eigenen Kindes zu geben, was ohne diesen Zwischenfall auch schon erledigt wäre. Da Herr Köpfig beabsichtigt, das Kind in die evangelische Schule zu schicken, trat die katholische Kirche auf den Plan und durch den Mund des Kommandes, der bis bis dahin in feiner Weise um das Wohl des Kindes gekümmert hatte, wurde nun Herr Köpfig das Erziehungsrecht entzogen. Man könnte sich nicht dem tollsten Scherz des Kommandes zu wehren und es in eine andere Pflege zu geben. Wie diese jetzt wird, können wir am besten daraus erkennen, daß die anderen Geschwister des Kindes bei einem Agitarer zur Unterbringung und Unterweisung untergebracht sind. Der sehr fromme Kommand kümmert sich aber um diese Kinder nicht im geringsten. Die Kapuziner des Köpfigschen Ehepaares, das Kind wieder zu bekommen, Heilfäden über in dem Rücken des Kommandes verwickeln. Wie jeder jedoch bestimmt, daß

das Mädchen wieder in die gute Pflege zurückgegeben wird und wollen alles daran setzen, diese Waise zu unterbinden. Dem Kommand Köpfig, Bergmann, Karlshütten-Kolonie 17, wollen wir empfehlen, sich um seine anderen Mündel zu kümmern, daß diesen nicht Schaben an ihrem Leibe zugefügt wird, für das Seelenheil werden sie schon selbst sorgen.“

Waldenburg. Die durch den 14-tägigen Streik erschöpften Waldenburger Bergleute haben gezeigt, daß sie für ihre verhafteten und gemäßigten Genossen gewillt sind, einzustehen. Sie sind gewillt, die Not der Opfer der zurückgewichenen Gewerkschaftsbürokratie zu unterstützen.

Bei den Sammlungen auf den Gruben und in Versammlungen gingen ein: Liste 2 Gottesberg 120 Mk., Liste 24 und 25 Koltenbach 168 Mk., Liste 15 Waldenburg 260,00 Mk., Liste 14 Fürstenteiner Grube Frühversammlung 197,00 Mk., Nachmittagsversammlung 191,05 Mk., Schlesiische Kohlen- und Koksverlei Gesellschaftsversammlung 184 Mk., Sammelliste Waldenberg 224,05 Mark, zusammen bis jetzt 1311,30 Mk. — Fürwahr ein schönes Zeichen brüderlicher Solidarität.

W.K.P.D. Unterbezirk Waldenburg.

Eingelegte Nachnahmeforderungen

werden von der Post jetzt nicht mehr zurückgenommen, noch auch der bezahlte Betrag zurückgegeben. Zu dieser neuen Anordnung haben gerichtliche Entscheidungen den Anlaß gegeben, durch die die Post anachronisch geworden ist, eingezogene Nachnahmebeträge unter allen Umständen an den Aufseher der Sendung abzugeben. In einem Falle hatte die Post aus Gefälligkeit 15-20 Minuten nach der Auslieferung der Sendung diese zurückgenommen und dem Absender zurückgeschickt. Dieser lehnte die Zurücknahme der Sendung ab und verweigerte die Post auf Zahlung des Nachnahmebetrages mit Erfolg. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Absender mit der Einlösung gegen die Post einen Anspruch auf den Betrag nach der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches § 667 und 675 erhalte. Der Absender habe auch ein Recht darauf, daß dem Empfänger nur zwei Möglichkeiten gewährt werden, die Sendung einzulösen oder den Empfang abzulehnen.

Arbeiter! Genossen!

Benutzt die Zeit vor dem Monatswechsel um Euer Organ, die

„Schlesiische Arbeiterzeitung“ weiterzuverbreiten. Ihr helft dadurch aufrichten die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats.

Versammlungskalender

Frauenversammlung für Breslau fällt aus am 27. Juli und findet statt am 3. August.

Öffentliche Schneider- und Näherinnenversammlung am 26. Juli im Gewerkschaftshause. Es ist notwendig, daß alle Berufsgenossinnen erscheinen.

Penzig, Dienstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Genossen Jödyer.

Verantw. Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Soc. Verl. e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin 614.

Achtung! Wo?
kauft man neu und gebrauchte
MOEBEL sowie ganze Einricht-
tungen am billigsten und ver-
teufeltesten?
Bei **H. Kluge**,
Seemannstr. 17, am 1. Eg.

Schauspielhaus
Operettenabende Tel. Ring 2543
Heute und täglich 7 1/2 Uhr
Die Scheidungsreise.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Wiederauftreten Hella Kürfy
Die Försterchristel.

Walthorius Hienrong-Essenz
Echte extra-stärke (Desillat) 12 Fl. 25 Mk., 30 Fl. 60 Mk. franko. In Apoth. Drog., sonst dir. v. Laborat. E. Walthorius, Halle a. S., Trotha 133

Geschlechtskranke!
Hilfe ist möglich! Auch in veralteten und verschleppten Fällen. Eigene bewährte Behandlungsmethoden, beherrschende Broschüre mit zahlreichen Anerkennungen, für jede der genannten Erkrankungen gegen 2 Mk. Leiden genau angegeben.
Männerschwäche Syphilis Harnröhrenleiden Weißfluß
Dr. Damms Heilanstalten
Berlin 399, Potsdamerstraße 123h.
Sprechstunden 9-11, 3-6 Uhr, Sonntags 10-12.

Die kommunistische Bücherei
Breslau V, Gräbischer Straße Nr. 45
führt die
neueste kommunistische Literatur, einschlägige sozialistische und gesellschaftliche Literatur
Bücher klassischer und sozialistischer Inhalte
Alle Arbeiter und Genossen sind zur Beschaffung ohne Kaufzwang eingeladen.
Abonnements auf alle Zeit- u. Wochenchriften
Abonnements- und Inseratenannahme des roten Kuriers

Aus der Provinz

Die revolt onäre Einheitsfront in Oberschlesien

Das Proletariat in Oberschlesien erkannt mit jedem Tage mehr, daß es verloren ist, wenn er sich für irgendeine nationale Richtung entscheidet. Die Proletarier werden immer die Leidtragenden sein, solange sie sich zur Freude der Bourgeois haben und drüben die Kapie zerfäulen.

Daß dieses revolutionäre Erwachen den Führern von Selbst und Ordnung den Ententgeneralen nicht gerade besonders gefällt, beweisen die Zensururteile, mit denen unser Organ, die „Schlesiische Aere Kämpf“, bedacht wird.

Die Delegierten und die Betriebsräte von 25 der größten Hütten, Gruben und Betrieben haben einen Antrag erlassen, in dem sie einen Betriebsräte Kongress für Oberschlesien fordern. Auf diesem Kongress soll die revolutionäre Einheitsfront gegen nationalitätliche Verbrüderung, gegen neue Anstöße zugunsten irgendeiner Ausbeuterklasse geschaffen werden, eine revolutionäre Einheitsfront mit der Parole: Oberschlesien, dem ober-schlesischen Proletariat.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter! Genossen! Kollegen! Betriebsräte!
Zu wiederholten Malen ist von der revolutionären Arbeiterschaft der Versuch unternommen worden, die Betriebsräte zum Zweck des Kampfes gegen die Reaktionen der Kapitalisten, ohne Rücksicht auf irgendeine Nationalität, zusammenzuführen.

Sie jetzt weiterhin alle Versuche daran, daß große Massen der Arbeiterschaft des Glaubens waren, daß sie durch irgendeine nationalitätlichen Partei sich aus den Fesseln des Kapitalismus befreien könnten. Wir haben jedoch gesehen, daß unbestimmt der nationalen Kämpfe die Unterwerfung nach wie vor versuchen, aus der Haut des Arbeiters Nerven zu ziehen. In vielen Betrieben werden Arbeiter von den Kapitalisten terrorisiert, auf die Straße geworfen und brutal geschlagen, weil sie auf dieser oder jener Seite während des Aufstandes gekämpft haben. Ist auch werden die finan-

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagsgesellschaft, Einzelnnummer 25 Pfg. Durch den Postweg 1,50 Mk. für die Woche. 6,00 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Verlagsadresse: Nr. 23 235, Spittelhofstraße, Berlin S. O. 10. Verleger: Julius-Verlag, Ring Nr. 22.

Dienstag, den 26. Juli 1921

Wichtigkeitspreis: Die Originalen Willkommensbriefe über Ihren Namen 0,50 Mk., einzelne 0,80 Mk. Geben- und Wohnungspreise, Familiennachrichten, Gebirgs- und Verarmungsanzeigen 0,40 Mk. Werbung: Die Willkommensbriefe, Verpflegung über Ihren Namen im Lot 1.- 10.-

Aufruf zu einer Hilfsaktion für Sowjetrußland.

An das deutsche Proletariat! An die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land!

Seit nahezu vier Jahren verteidigt sich Sowjetrußland gegen eine Welt von Feinden. Mit beispiellosem Heldentum und Latkraft hat das russische Proletariat alle Anschläge des internationalen Imperialismus und der von ihm gebundenen russischen Weißen Garden abgewehrt.

Trotz einer vom Faschismus überkommenen völlig zerrütteten Wirtschaft, trotz der völligen Zerrüttung des Verkehrswesens, ist es den Anstrengungen der Sowjetorgane gelungen, nicht nur eine unüberwindliche Rote Armee aufzustellen und mit allem Notwendigen zu versorgen, sondern darüber hinaus weitgehende Maßnahmen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete durchzuführen.

In dem Augenblick nun, wo Sowjetrußland nach der Abwehr aller seiner Feinde glücklich eine Atempause gewonnen hatte und sich ganz seiner aufbauenden Arbeit hingab, ist

eine neue ungeheuerliche Katastrophe über das hartgeprüfte Land hereingebrochen.

Eine beispiellose Murre hat die ergiebigen Kornkammern Sowjetrußlands in leere Wüsteneien verwandelt. Auf weiten Strecken ist die ganze Ernte vernichtet. Millionen und Aber-Millionen fleißiger Bauern, deren Frauen und Kinder sind den furchtbaren Qualen des Hungers überantwortet. Entsetzt und verzweifelt stehen sie in Massen vor dem Anblick der verheerenden Wirkungen einer unerbittlichen Naturgewalt, die kein Menschenwitz zu bannen vermag und gegen die kein Land und kein Volk gefeit ist.

Dazu kommt eine zweite furchtbare Menschheitsplage: die Cholera, die ihren tödbringenden Vormarsch von Osten nach Westen anzutreten im Begriff ist. Ihre Ausbreitungsgeschwindigkeit ist riesengroß. Es fehlt an Ärzten, an Arzneimitteln, an hygienischen Einrichtungen zu ihrer wirksamen Bekämpfung. Die schlechte Ernährung und die durch die Hungersnot in Bewegung gesetzten Bauernmassen begünstigen das Vordringen der menschenmordenden Epidemie.

Und um das Maß des Unglücks des russischen Volkes voll zu machen, wird Rußland zur Zeit noch von einer dritten großen Gefahr bedroht:

Die Rasgeier des internationalen Imperialismus wittern Morgenluft.

Der Augenblick erscheint ihnen günstig, um das Rußland der Arbeiter und Bauern zu stürzen und die alten Mächte der kapitalistischen Reaktion wieder in den Sattel zu heben.

Gewissenlose russische Verschwörer, raublästerne französische Gewaltpolitiker und ihre polnischen und rumänischen Vasallen

reisten fieberhaft, um das mit dem Hunger und der Cholera verzweifelt ringende proletarische Rußland zu Boden zu schlagen.

Arbeiter, Proletariat Deutschlands!

Die furchtbaren Gefahren, die Sowjetrußland drohen, legen euch zweifache Pflichten auf:

Es gilt vor allem, daß ihr als Klassenkämpfer die kampfslustigen Pläne der imperialistischen Profitsüger mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln durchkreuzt.

Aber ebenso hoch und heilig müssen euch sein eure Menschenpflichten.

Wo Millionen Menschen unschuldig leiden und darben unter den Launen der Natur und den Gefahren einer tödlichen tödbringenden Seuche, kann und darf es unter euch keine politischen Unterschiede geben. Da gilt es zu helfen mit allen Kräften und mit allen Mitteln. Da heißt es, helfend einzugreifen, wo und wann immer geholfen werden kann.

Wie können wir unseren russischen Brüdern helfen?

Wir können ihnen dadurch helfen, daß wir der Sowjetregierung die Möglichkeiten schaffen, dem Hunger und der Cholera wirksam entgegenzutreten.

Wir müssen vor allem dafür sorgen, daß Sowjetrußlands Arme nicht gelähmt werden durch den Kampf gegen die ausländischen imperialistischen Gewalten, die den Hunger als Verbündete begrüßen, um es zu zerschmettern.

Wir müssen gleichzeitig alle unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, daß den Hungernden und Kranken in Sowjetrußland alle notwendigen technischen Hilfsmittel zur Bekämpfung der Hungersnot und der Seuchengefahr zur Verfügung gestellt werden.

Dazu gehören in allererster Linie Brot und Arzneimittel.

Diese müssen bereit gestellt werden. Die proletarische Solidarität kann hier viel bewirken. Unsere Kräfte sind klein im Vergleich zu dem, was die Millionen Arbeiter

und Bauern in Rußland zurzeit infolge der Lücken der Natur erdulden müssen. Deshalb muß jeder Arbeiter, jeder Werktätige sein Scherflein zur Linderung der Qualen der Arbeiter und Bauern in den Hungergebieten Rußlands beitragen.

Es muß den vereinigten Anstrengungen der deutschen Arbeiter gelingen,

Lebensmittel und Arzneimittel nach Rußland zu schaffen.

Denken wir an das hochherzige Beispiel unserer russischen Brüder in den Novembertagen 1918, wo sie, der eigenen Not nicht achtend, ihr dürftiges Stückchen Brot mit den deutschen Arbeitern zu teilen bereit waren.

Wir müssen es auch zuwege bringen, dem Beispiel bürgerlicher Menschenfreunde während der Kriegsjahre nachzuahmen, indem wir

hungernden russischen Kindern in unseren Heimen Unterkunft und Verpflegung bieten.

Wir sind überzeugt, daß viele deutsche Arbeiter mit Freuden bereit sein werden, einem russischen Arbeiter- oder Bauernkinde Gastfreundschaft zu gewähren.

Doch die furchtbare Not in Rußland erheischt weit größere Mittel, als die freie Liebestätigkeit der deutschen Arbeiterklasse zu gewähren vermag.

Sowjetrußland muß vor allem in den Stand gesetzt werden, die zur notdürftigen Ernährung seiner Bewohner unentbehrlichen Lebensmittel und die zu einer wirksamen Seuchenbekämpfung notwendigen Medikamente in ausreichenden Mengen einzuführen. Darüber hinaus muß ihm aber auch die Möglichkeit gegeben werden,

durch eigene Arbeit die Quellen der Not zu verstopfen.

Das kann nur geschehen durch eine weitgehende Hebung seiner landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Voraussetzung dafür ist aber die Einfuhr großer Mengen landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte sowie Kleinlebensmittel und Transportmittel.

Sowjetrußland ist jedoch heute noch außer Stande, die Einfuhr aller dieser unentbehrlichen Dinge sofort zu bezahlen.

Es braucht deshalb dringend langfristige Handelskredite.

Sowjetrußland muß aber auch vor

den Würgern des kapitalistischen Wuchers

geschützt werden. Seine Einfuhr wird heute unterbunden durch die ruinösen Preise, die ihm von Kapitalisten aller Nationen aufgezwungen werden. Es ist deshalb

ebenso Menschenpflicht, wie ein Gebot der Selbsterhaltung für die Arbeiter aller Länder,

mit allem Nachdruck von ihren Regierungen und ihren Unternehmern zu fordern, daß für die Ausfuhr nach Sowjetrußland

die bisherigen unerschwinglichen Preise und Ausfuhrzuschläge in Wegfall kommen,

und daß für die Lieferungen nach Rußland

keine höheren Preise in Rechnung gestellt werden als diejenigen, die im Inlande selbst üblich sind.

Die Arbeiter mögen bedenken, daß eine gesteigerte Ausfuhr nach Rußland auf Grund langfristiger Kredite und unter Einräumung der deutschen Inlandspreise nicht nur vermehrte Arbeitsgelegenheit für sie selbst schafft, sondern daß sie, indem sie dadurch der augenblicklichen furchtbaren Not entgegenwirken, damit zugleich auch der aufbauenden Arbeit in Sowjetrußland zu Hilfe kommen.

Proletariat, Arbeiter Deutschlands!

Die Not Sowjetrußlands ist eure eigene Not. Darum übt Solidarität mit euren russischen Brüdern und Schwestern. Vereinigt euch ohne Unterschied der Partei und Gesinnung für den geschlossenen Abwehrkampf gegen Hungersnot und Seuchengefahr in Sowjetrußland. Konzentriert eure Hilfsaktion auf folgende nächstliegenden Ziele:

Sammlungen von Geld, Getreide und Medikamenten für die betroffenen russischen Arbeiter und Bauern!

Unterbringung der gefährdeten russischen Kinder in proletarische Familien!

Erwirkung langfristiger Handelskredite für Sowjetrußland!

Einräumung der Inlandspreise für die Ausfuhr nach Rußland!

Es lebe die internationale Solidarität aller Schaffenden! Es lebe Sowjetrußland, der Staat der Arbeiter und Bauern!

Berlin, den 23. Juli 1921.

Die Zentrale der KPD.

KPD. Die Zentrale der KPD hat sich gleichzeitig mit diesem Aufruf an die Parteimitglieder der KPD in allen Ländern und an die Arbeiter und Bauern aller Nationen gewandt.

Ordnung" nennen die diese Gesellschaften, die den Stolz der Arbeit, die "Arbeitsfrieden" darstellen. Die nach proletarischer Ordnung lebenden Verbände können sich von keinem Staatszwang und Entschuldigungsgeheimnis, denn diese sind Feinde von ihrem Geist.

Was hat angefaßt dieser Fall die Frankfurter Arbeiterschaft zu tun?

Der Wille sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen."

Diese Worte hört man so oft, wenn man durch die Frankfurter Betriebe geht und es ist ein Zeichen, daß die Arbeiterschaft den Ernst der Situation erkannt hat und der täglich sich mehrenden Propaganda der Orgelstunde hat. Die Waffensunde zeigen, auch den indifferentesten Proletariern, wohn der Weg geht, und daß es Zeit ist, mit eigener Faust darauf zu fahren und dem Treiben der Reaktion Einhalt zu gebieten. Schon glaubt die Bourgeoisie, daß das Proletariat genug verblendet ist, um ihm den Genickstoß zu geben, und sie durch ihre bewaffneten Horden die Arbeiterschaft als Gesamtheit vollends niederdrücken kann.

Gefahr ist im Verzuge! — Es gilt zu handeln!

Wir fordern daher die gesamte Frankfurter Arbeiterschaft auf, zu der Frage der Orgelstunde und der Frage des

Proletarischen Selbstschutzes

in ihren Betriebsvereinigungen und sonstigen Zusammenkünften Stellung zu nehmen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen

Wir stellen als das Frankfurter Gewerkschaftsamt, die UG, und die S. P. D. die Anfrage, ob sie im Interesse der gesamten Arbeiterschaft bereit sind, sofort mit uns in Besprechungen einzutreten, um Maßnahmen gegen das Treiben der immer frecher sich betätigenden Orgelstunde zu ergreifen.

Die Klasse ist in Gefahr!

Selbst bereit!

Das „Untersuchungsergebnis“ von Mont Cenis.

Ueber die Ursache des Grubenunglücks auf der Zeche Mont Cenis verbreitet das preussische Oberbergamt in Dortmund folgende Meldung: Mit voller Sicherheit kann der Ursprung und Vorgang der Explosion nicht aufgedeckt werden, da die Beteiligten nicht mehr am Leben sind. Jedoch ist aus dem Befund der Befragungen und den Aussagen der überlebenden Jungen mit größter Wahrscheinlichkeit zu schließen, daß der Ausbruchspunkt in einem Querschlag gewesen ist. Am 20. Juni auf der Frühstunde war beim Herstellen von neuen Bohrlochern ein Flöß eingeschoben worden. Die Bohrlocher in der Kohle waren mit Dynamit geladen. Unmittelbar nach dem Wegzug der Schiffe durch die Explosion erfolgte. Es läßt sich daraus schließen, daß durch den Druck, der sich hierbei bildete, Kohlenstaub zur Entzündung gelangte. Die Explosion, bis zu einem etwa 140 Meter entfernten Abbaubetrieb in Flöß „Gretchen“ durchgeschlagen, hat hier in dem unermesslich vorhandenen Kohlenstaub neue Nahrung gefunden und hat sich dann über die übrigen Betriebe der beiden Flöße „Gretchen“ und „Matthias“ verbreitet. Die Schuld trifft also hiernach lediglich den Schichtführer, der trotz des Verbotes in Kohlen mit Dynamit verfahren hat.

Wir haben von „amtlichen“ Untersuchungen die Feststellung der wahrhaft Schlußfolgerung niemals erwartet. Obiges „Untersuchungsergebnis“ bestätigt aufs Neue, wie sehr sich die Behörden schüßend vor die kapitalistischen Betriebsleitungen und ihre Profitverbrechen stellen.

„Mit voller Sicherheit kann der Ursprung und Vorgang der Explosion nicht aufgedeckt werden, da die Beteiligten nicht mehr am Leben sind.“ Dieser Konstatierung zu Anfang des Berichtes spricht der letzte Satz Hohn, der noch einmal die infame Verleumdung der toten Bergleute wiederholt. Die Schuld soll lediglich den Schichtführer treffen, der trotz Verbotes mit Dynamit geschossen habe. Eben noch ist festgestellt worden, daß sich Bestimmen über die Veranlassung nicht sagen läßt und nun wälzt man die ganze Schuld auf die Arbeiterschaft ab.

Dieses „Untersuchungsergebnis“ verzichtet bewußt die Schuldfrage. Nicht auf die Veranlassung kommt es an, die wird vom Schweigen des Todes behütet, sondern auf die tiefer liegenden Ursachen. Auch obiger Bericht spricht von „unvermeidlich vor handenen“ Kohlenstaub, der sich entzündet habe. Diese „Unvermeidlichkeit“ ist eine Lüge. Noch ist keine unserer Anklagen wegen Verletzung der Schutzbestimmungen durch die Rechtsverwaltung widerlegt worden. Wir halten unsere Behauptung aufrecht, daß die kapitalistische Betriebsleitung in Mont Cenis verbrochen hat mit dem Leben der Grubenproletarier gewißelt hat! Was wird die Regierung tun? Die kommunistische Landtagsfraktion hat erst vor einigen Tagen festgestellt, daß trotz der Anfragen unseres Genossen Sobotta nach dem Unglück auf Zeche Konstantin, nichts geschehen ist, um die Lage der Bergarbeiter sicherzustellen. Wird man trotz der Katastrophe von Mont Cenis auch diesmal nichts unternehmen, um die Berggehörden zur Durchführung der Schutzbestimmungen zu zwingen? Die Arbeiterschaft muß sich selbst helfen. Erste Aufgabe der Betriebsräte auf den Schachtanlagen ist es, die Beobachtung der Schutzbestimmungen für das Leben der Grubenproletarier von der Bergbehörde zu fordern und zu erzwingen.

Arbeitsfriede.

Roman von Franz Jung.

Copyright by Der Malik-Verlag, Berlin-Halensee 1921.

Die Jugend greift ein.

Jetzt konnte auch wirklich eine Gruppe Jugendlicher auf die paar Jahre immer dazwischen war, die aber niemand weiter beachtet hatte. Wie wenn ein Fünfer Feuer gefangen hat und das Heißt hoch aufliebt. Wer hätte früher sich derraum gekümmert, was die Jugend macht, wenn die ihre eigenen Wege geht. Die Bewegung unter den jungen Arbeitern ist eine ganz andere Jugendlichkeit als bei den Bürgerlichen. Man braucht nicht etwa nur an das Väterliche zu denken, die Studenten, nein, alle Zusammenkünfte dieser bürgerlich-jugendlichen tragen den leuchtenden Charakter des Nachhins der Alten, auch in der bloß umgebenden Form des Altenhasses und der Autorität. Widerspruch muß erlitten und Gemeinlichkeit sein, wenn er nicht bloß einseitig und über Zeitertrieb sein soll. Die Arbeiterjugend tritt dagegen selbständig auf. Sie wird den Alten zeigen, wie es gemacht werden soll. Man macht das oft nicht, erst wenn die bestimmten Gelegenheiten dazu gegeben sind. Sie übt Kritik an sich selbst und will sich vor allem den eigenen Weg bahnen, und reze Wege gehen. So kommt es, daß sie sich absondert, aber wie anders als die jungen Bürgerlichen.

Die Jugendlichen, die in Arbeitsfriede eine Ortsgruppe in der Schmutzorganisation bildeten, hatten erst harte Kämpfe unter sich ausgetragen gehabt, die schließlich die Alten und einen der Bewusstseinskampf nichts angegangen wären. So bildete die Geschlechterfrage einen der Hauptpunkte der Auseinandersetzung. Sie waren alle nicht mehr dafür, daß bürgerliche Verhältnisse mit der Liebe fortzuleben, was die Abhängigkeit, die Vater und Mutter noch zusammengeleitet, sollte auch aufhören. Die Jungen und Mädels waren fest entschlossen, mit diesen widerlichen Dingen aufzuräumen. Da war es zunächst notwendig, den Körper gesund und kräftig zu machen. Denn der Mensch muß natürlich sein will, braucht er die Natur. Sie machten große Wanderzüge ins Land. Am liebsten hätten sie im Wald eine Hütte gebaut, wo sie sich über

Ausland.

Die französischen Metallarbeiter für die Kommunisten.

Der Kongreß der Metallarbeiter hat eine Tagesordnung zugunsten der Kommunisten mit 113 bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Arbeiterkämpfe im Elß.

Paris, 23. Juli.

Nach einer Meldung des „Peuple“ aus Straßburg haben die dortigen Elektrizitätsarbeiter eine von der Direktion verfügte 25 prozentige Lohnherabsetzung abgelehnt und sind in den Streik getreten. Die Stromlieferung ist unterbrochen. Im ganzen Unterelß sind die Metallarbeiter ausgesperrt.

Vor einem Generalstreik in Tokio.

Nach der „Chicago Tribune“ erwartet man in Tokio den Ausbruch eines Generalstreiks, an dem 200 000 Arbeiter teilnehmen werden. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Bedrohung Sowjetrußlands.

Die Nachrichten über die Bedrohung Sowjetrußlands durch einen neuen großartigen Angriff werden immer bestimmter. So veröffentlicht das reaktionäre „Echo de Paris“ eine Mitteilung seines Revaler Korrespondenten, die bestätigt, daß eine neue Offensive gegen Sowjetrußland vorbereitet wird. Der Korrespondent sagt, daß die Verschöpfung Sawinkows die Unterstützung Kloyd Georges und Curchills gefunden hat.

Auch Koropadski taucht unter den Verschwörern wieder auf, wie der „Daily Herald“ berichtet. Er handelt im Einverständnis mit den deutschen Monarchisten und ist von den Plänen Sawinkows vollständig unterrichtet. Die „Weißen“ glauben, daß die Hungersnot in Südrußland eine günstige Gelegenheit für ihren Einfall sein werde, und die Offensive soll noch vor dem Herbst von der Ukraine aus beginnen.

Um die kriegerischen Vorbereitungen der Randstaaten zu recht fertigen, werden jetzt alle möglichen Nachrichten über Bedrohung von Seiten Sowjetrußlands in die Welt geschickt. So wird berichtet, daß Trotski einen Angriff gegen Lettland und Estland plane, um sich der Ernte dieser beiden Länder zu bemächtigen. Auch die bürgerliche Presse Finnlands bearbeitet die „öffentliche Meinung“ mit ähnlichen heizerischen Mitteilungen.

Offenbar haben die Konterrevolutionäre, wie aus der nachstehenden Meldung hervorgeht, Agenten nach Sowjetrußland geschickt, um durch Verschwörungen im Lande selbst den Einfall zu unterstützen.

Nachrichten zufolge, die über Helsingfors hier einlaufen, beabsichtigen die antisowjetischen Kreise, die jetzige Hungersnot in Rußland dazu zu benutzen, um den Sturz der Sowjetregierung herbeizuführen. Man hofft vor allem Dinge auf eine Erhebung der gesamten Bevölkerung von Petersburg und hat außerdem die Hoffnung, daß Frankreich und Polen die Bewegung unterstützen werden.

Der Aufmarsch gegen Sowjetrußland wird fleißig betrieben. Das europäische Proletariat darf nicht länger ruhig zusehen, wie dieser Aufmarsch vollendet wird. Es muß endlich handeln, bevor es zu spät ist.

Vor einem Generalstreik der Landarbeiter in der Tschechoslowakei?

In einem der größten Gauen der Slowakei, in der Jupa Jemlin, wurde die Landarbeiterschaft zum Streik provoziert, und es besteht die Möglichkeit, daß der Streik sehr bald die ganze Slowakei erfassen wird. Im Kampfe stehen 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Ursache des Streiks ist in der Nichterhaltung der Kollektivverträge seitens der Arbeitgeber und in dem übermäßigen Standpunkt dieser slowakischen Sklavhalter zu suchen, welche mit den Vertretern des Verbandes der Landarbeiter überhaupt nicht verhandeln wollen. Das Wasserbau-Ministerium hat erklärt, daß es sich zu Verhandlungen zwingen werde; sie aber sabotieren alle Anforderungen der Regierung und wollen mit Abzwei die gesamte Arbeiterschaft in den Generalstreik treiben. Die slowakische Landarbeiterschaft ist von der Ueberzeugung erfüllt, daß sie nur durch einen revolutionären unbesieglichen Kampf die gewaltsamen Geißel der Unterneher brechen kann.

Im tschechischen Gebiet ist außer dem Generalstreik der Landarbeiter in den Bezirken Sklabo, Strakonitz und Schlan der Streik der Land- und Forstarbeiter in Strakonitz, Wollin. Das bei Wodna ausgebrochen, der sich wahrscheinlich zu einem allgemeinen Streik der dortigen Gegend ausbilden wird. Die Ursache ist in wie überall die Nichterhaltung der Kollektivverträge seitens der Unternehmer.

Die Kommunistenhege in Serbien.

Die gesamte Presse fordert energische Maßnahmen gegen das Treiben der Kommunisten, da die Untersuchung wegen der Ermordung des Ministers Draskovic ergeben hat, daß eine weit verzweigte kommunistische Verschwörung am

Sonntag aufhalten konnten. Denn fast alle standen schon wie die Alten in Arbeit, auch die Mädels. Auf ihren Fahrten behandelten sie dann alle Fragen, die zur Lösung brachten, stritten sich mit heiligem Ernst darüber, bis alle Meinungen gefaßt und in den Grundfragen wenigstens zu einer einzigen gemeinschaftlichen zustimmend geschlossen waren. Die Frage der Geschlechterlichkeit wird im allgemeinen sehr übertrieben. Für die Arbeiterjugend ist das Geschlechterliche kein Problem mehr. Niemand leidet mehr daran oder geht zugrunde, es rührt heutzutage den Reiter der bürgerlichen Erziehungsmethode sein. Das junge Blut, das die ganze Welt offen vor sich sieht, das sich anständig, seinen Platz einzunehmen, mit den Kameraden und Kameradinnen, das drängt gar nicht so sehr nach geschlechtlicher Auslösung, der Gemeinlichkeit und das Gemeinheitsgefühl hat noch andere darum nicht weniger lebendige kampfbereite Ziele des Erlebens. Es trägt in sich noch die menschliche Grobheit der römischen und in diese erst ordnet sich allmählich die geschlechtliche Gemeinlichkeit ein. Es verläuft immer natürlich und ohne abgrenzbare Gesetzmäßigkeit und es wird immer frei von der damit verknüpften bürgerlichen Gedankenwelt veredelnd und menschlich sein. Wegen die Kräfte wollen auch über das Her schlagen, der Ausgleich findet sich.

So hatten sie den Fall, daß sie einen zur Rechenhaft zogen, der mit seinem Mädel oben am Berg in der Dunkelheit rumtrud und verstellte Wege ging. Die bürgerlichen Schriftsteller pflegen zu sagen, die Liebe sucht die Einsamkeit. Das war nicht der Jugendgenossen Ansicht. Sie zogen der Reiz zur Verantwortung, um so mehr, weil er nicht mit den Mädel hatte, das Mädel in die Ortsgruppe einzuführen und sich heimlich überhand schäme, gesehen worden zu sein. Dem machten sie schließlich den Standpunkt klar, daß, wer nicht frei und offen sich bekannt zu dem, was er tut, bei ihnen nichts zu suchen hätte. Dem war zwar das längst leid geworden, und schließlich von einem großen tragischen Gefühl war gar nicht die Rede, also überwand er sich und ließ sich ruhig ein, um eine Erklärung und gute Lehre schäme geworden. Das Mädel erwiderte wäher und ach, und wenn sie auch anfangs die Verlegene machen wollte, so gab sich bald und sie half dann feste mit ihren Gedanken nach allen Weiten aufwärts.

Wache ist, wird derweil das Wasser bei der Rückfahrt auf das Bergplateau keine Rolle mehr spielen. Das Parlament wird zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen, um die gegen die Kommunisten zu ergreifenden Maßnahmen zu beschließen. Nachdem der Kampf und Verbrecher Pöbel mit seinem „Belgrader Moment“ herbeigelaufen ist, hat er jetzt den geplanten Vorwand gefunden, um seine brutalen Terrormaßnahmen gegen die Kommunisten durchzuführen. Die „Vorbereitungen“ der Presse nach „energischen Maßnahmen gegen das Treiben der Kommunisten“ sind natürlich bestellte Arbeit der Belgrader Schandregierung. Wenn der Verbrecher Pöbel ein zweiter Dostoyewski werden wird, dann muß das internationale Proletariat eine Aktion gegen das Belgrader Pöbel einleiten.

Der Krieg in Kleinasien.

(C.E.) Paris, 22. Juli.

Aus Athen wird gemeldet: Die Verfolgung auf dem Wege nach Angora, auf dem sich der Rückzug des Feindes vollziehe, wird fortgesetzt. Die Türken lassen viele Waffen und Gepäck zurück. Von Eskisheir beunruhigen Flugzeuge, Tanks und Kavallerie den Feind.

Ein Athener Telegramm spricht von Gegenangriffen der Türken auf den beiden Flanken der griechischen Armer, doch werden diese Veruche als bedeutungslos bezeichnet, zumal sie in unregelmäßigen Zwischenräumen erfolgen.

(U.) Athen, 23. Juli.

Der türkische Kommandant Kara Bekir Pascha, alle seine Stabsoffiziere, außerdem etwa 30 000 Mann, sind in die Hände der Griechen gefallen, die alle Verbindungslinien besetzt hatten.

Angora, 23. Juli.

Der amtliche türkische Kriegsbericht meldet, daß im Brussa-Bezirk die Griechen die Linie „Wieschik-Bazardjik“ erreicht haben. Im Utschak-Bezirk wurde ein griechischer Angriff abgewiesen. Die Türken haben ihre Sicherungstruppen von Utschak-Karabissar, wo Kämpfe stattgefunden haben, zurückgezogen.

Die englisch-irischen Friedensverhandlungen.

(D.) London, 23. Juli.

Die erste Phase der englisch-irischen Friedensverhandlungen kann nunmehr als abgeschlossen gelten. De Valera ist im Besitz bestimmter, schriftlich formulierter Anregungen Kloyd Georges nach Irland zurückgekehrt. Der nächste Schritt, der zu erwarten steht, ist die Freilassung der 30 eingekerkerten Mitglieder des Sinnfeiner-Parlaments. Sobald diese das Gefängnis verlassen haben werden, soll eine Vollziehung des „Dall-Creann“ einberufen werden. In der de Valera über seine bisherigen Londoner Verhandlungen und über die Anregungen Kloyd Georges Bericht erstatten wird. Mögigt des irisch-republikanische Parlament jene Anregungen als Grundlage für weitere formelle Verhandlungen, so soll eine ordnungsgemäß als Vertretung des irischen Volkes beglaubigte Delegation nach London entsandt werden, um dort in Verhandlungen über die endgültigen Friedensbedingungen einzutreten. Inzwischen wird die Waffenstillstand weiter innegehalten.

Die Hauptanforderungen richten sich jetzt darauf, ein Einvernehmen zwischen de Valera und Craig, dem Ministerpräsidenten Ulsters, zu erreichen. De Valera seinerseits hat seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, sich mit Craig zu jeder gewünschten Zeit und an jedem gewünschten Orte in Irland zu treffen. Wahrscheinlich dürfte zunächst eine Besprechung privater Natur zwischen beiden arrangiert werden, die dann später in eine offizielle Konferenz der beiden Teile Irlands ausmünden könnte. Bei diesem Stand der Dinge ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß irgendwelche entscheidenden Verhandlungen vor Ende der kommenden Woche erfolgen werden.

Keine Auslandsnachrichten.

Die englischen Arbeiter fordern Amnestie. Eine Abordnung von Arbeiterführern hat den Minister des Innern aufgesucht und gefordert, daß für die während des Bergarbeiterstreiks Verhafteten eine allgemeine Amnestie erlassen wird. Der Minister stellte aber keine allgemeine Amnestie in Aussicht.

Rebe de Valeros in Dublin. Eine große Menge hat de Valera bei seiner Ankunft in Dublin einen begeisterten Empfang bereitet. In einer Ansprache sagte de Valera: Wir haben in den letzten paar Jahren in Irland gelernt, daß das Land nicht durch Worte, sondern durch Taten die Freiheit erwerben wird. In der Zukunft wird es ebenso wenig wie in letzten Jahren zu reden haben, denn dann werden wir die Freiheit besitzen.

Amerika im Obersten Rat. Die britische Regierung hat bei dem amerikanischen Senat die „Informiert“, ob die Vereinigten Staaten beabsichtigen, sich in der nächsten Sitzung des Obersten Rates vertreten zu lassen. Der Senat antwortete, daß er selbst der nächsten Sitzung beiwohnen wird.

Die Jugend war schon viel eher als die Alten mit der Nachbarschaft in Verbindung getreten und hielt mit denen gute Kameradschaft. Wie selbst das auch immer kein mag, gerade die Arbeitsfriede, obwohl sie als Kolonie die weitaus größte in der ganzen Umgebung war, hatten bisher immer aufwärts gearbeitet. Sie bildeten dort mit den Kameraden eine Arbeitskolonie, die Regengebühnen Gemeindegemeinschaften, die die Kolonie schließlich nicht selbst ausführen konnte, aufzuarbeiten. Das ging flott weg, und in ein paar Stunden war so eine Straße manchmal vom Schutt geräumt oder ein Jaun hochgeführt. Im Anstich daran veranfaßten sie dann eine Versammlung, und siegreiche Kampflieder singend lehrten sie heim. Die allgemeine Bewegung, wie wenn die Leute alle aus dem Winterstich erwacht wären, gab Arbeitsfriede jetzt einen andern Anstrich. Man machte die Augen auf, und es gab viel zu tun. In der letzten Bewohnerversammlung war auch von der Kanalfestung gesprochen worden, die ausgebessert und gereinigt werden müsse, wenn man genug Wasser für den Sommer zur Gartenbestellung haben will. Das war eine sehr leibige Kostenfrage, und wer weiß, wo man die Arbeitskräfte herbekommen sollte.

Das war mit eine von den vielen kleinen Sorgen, die man am liebsten immer zu erledigen hinausgab. Aber am nächsten Sonntag rückte die gesamte Jugend aus der Umgebung an und ordnete sich in Trupps unter Leitung von Arbeitsfriedern, und die Arbeit wurde in Angriff genommen. Erst gutten die Alten neugierig, was da wohl vor sich gehen würde. Aber dem einen oder anderen ließ es bald keine Ruhe und er schloßerte hin, um näher zuzusehen, sprach auch manch einer etwas dazwischen, was Sinn und Verstand hatte, einen Ratsschlag, wie man das eine oder andere am besten anfaßt, und es dauerte nicht lange, da waren schon ein paar Alte mit beim Pumpen, und zuletzt gar wurde manchem das Mitgefallen fast. Denn die Jungen schafften wie der Teufel, und vor denen wird man sich doch, was arbeiten heißt, nicht unterliegen lassen. Den nächsten Sonntag wurde trotz strömenden Regens weiter gearbeitet. Da standen schon so viele Hände bereit, daß Abklärung genug vorhanden war und nicht mal alle gleich praktisch beschäftigt werden konnten. Und als die Arbeit getan war, da trafen sie zusammen und hatten Umschau, was noch weiter zu tun sei.

Schulmusik und Schulgesang.

Von Prof. Rosebery d'Arguto, Berlin.

Mit dem Klassenstaat gehen seine Erziehungsstätten Hand in Hand: Im Klassenstaat gibt es natürlich auch Klassenschulen. Diesen Schulen, in denen das merkliche, beständige Volk seine karge Bildung geniesst, werden in den Klassenstaaten als Volksschulen bezeichnet; nämlich als Schulen für die ausgebeutete Klasse, mit einem Minimalprogramm des Wissens und Könnens ausgestattet. Bestenfalls müssen möglichst in der Dummheit erhalten bleiben. Wissen und Können macht ja frei! Und wenn alle frei sind, wer wird dann Sklave und wer Herr sein? Wer wird genießen und wer darben? Besser etwas mehr Religion! Sie muß dem Volke erhalten bleiben! Das ist die bürgerliche Ideologie, die herrschende Ideologie eines Klassenstaates. Seit Balthuse, Rousseau, Diderot, Pestalozzi usw., seit der Aufklärung revolutioniert das Rationale gegen das Irrationale; seit der Zeit haben wir einen ungeheuren technischen und naturwissenschaftlichen Aufschwung erfahren, mit dessen industrieller Ausrichtung der wissenschaftliche Sozialismus, der Kommunismus, parallel geht. Aber immer wieder wird ein rückschlüssiger Versuch seitens der schwarzmagischen Mächte, der Irrationalen angeht. Schon wird behauptet, das Rationale habe an allem Schuld, und so nimmt die Ideologie der verzweifeltsten Bourgeoisie ihre Zuflucht zur Reaktion.

Im Zeichen der Reaktion befand sich auch — um hier ein lebendiges Beispiel anzuführen — die kürzlich veranstaltete Reichsschulmusikwoche in Deutschland. Der erste Referent operierte gegen den „französischen“ Rationalismus und dessen Einfluß auf die deutsche Kultur und Weltanschauung. Man müsse endlich mal wieder zum Deutschem und dessen Wesenheit, dem Irrationalismus, wiederkehren. Die großen deutschen Musikmeister werden den Deutschen von den Feinden abgesprochen: Mozart war ein Schwelger, Beethoven ein Holländer, Bach gar ein Sklave. Aber wen man den Deutschen aufbürdet, das ist der Meyerbeer. Ein Jude! Ein Internationalist! Meyerbeer hat nämlich verstanden, eine musikalisch-dramatische Dreieinigkeit zusammenzuschweißen: Die deutsche Harmonik, französische Rhythmik und italienische Melodik. Bis auf ganz wenige, die auch nicht einmal den Mut hatten, offen zu bekennen, daß sie sich keineswegs mit den übrigen identifizieren, waren die Referenten im wahren Sinne des Wortes rückschlüssig. Fast alle waren im Glauben befangen, man müsse obrüsten! Auch in der Wissenschaft! Ein Referent gesteht sich sogar in dem alten Motto: „Rückkehr zur Natur!“ Diese Kampfmüdigkeit des typischen ruhebedürftigen Kleinbürgertums reicht leider bis in die Reihen derer, die sich als Repräsentanten der neuen Bewegung und Genüßung aufspielen. Ganz unerwartet, ob sie sich „religiöse“ Sozialisten und Kommunisten nennen: sie sind der Arbeiterbewegung vom Schlage des wissenschaftlichen internationalen Sozialismus und Kommunismus sehr feindlich. Ein als linksradikal bekannter Referent wertete gegen die (doch erst ganz im Keime liegende) materialistische Geschichtsauffassung innerhalb der Musikwissenschaft. Seine nicht uninteressante musikphilosophische Darstellung stand völlig im Banne der Utopie und Abstraktion.

Es genügt eben nicht, der Bourgeoisie von Gesinnungsänderung zu erzählen: man predigt tauben Ohren, wie das von Christus bis zu Saint-Simon usw. schon eine große Kette Menschheitsbeglückter getan hat. Vergessen, indem die „innere Befreiung“ letzten Endes immer wieder zur Unterjochung der Menschen durch Menschen geführt hat. Nichts ist „innen“, nichts ist „außen!“ Das klassenbewußte Proletariat ist Kämpfer und Bringer einer neuen Freiheit, einer Freiheit im Gleichgewicht von Seele und Körper.

Daß die jetzigen Pfadfinder auf dem Wege der Schule hinsichtlich der Musik und des Gesanges sich ebenso in einer Rückwärtsbewegung befinden, wie wir es in der Geschichte der bürgerlichen Ideologie wiederholt gesehen haben, soll uns weiter nicht wunder nehmen. Was geschieht nun eigentlich auf dem Gebiete des Schulgesanges und der Schulmusik?

Der Musikunterricht in der Schule soll erweitert werden. Eine dritte Unterrichtsstunde wird ihm gewährt. Fragen wir nach dem Stoff — und wir werden gleich gewahr, daß die dritte Stunde zur Einführung in die Musikgeschichte als wissenschaftliches Lehrgesetz, zur Analyse gewisser Tonstücke, zur Aufkündigung jedes Einfühlens in die Formel usw. usw. verwandt wird. Die Schule soll dazu verhelfen, wertvolle Musikwerke leichter zu erfassen. Einige weiterbildende Praktiker wollen die Veranschaulichung und ihren Teil durch die Arbeitsschule und den Gemeinschaftsunterricht leisten. Diese Ansätze sind gewiß berechtigt. Allein, nach dem zu urteilen, was geboten wurde, herrscht hier Anarchie. Aber nicht das ist es, was uns im Wege liegt. Es handelt sich hier um ganz etwas anderes. Dem einen oder dem anderen wird es sicherlich wohl aufgefallen sein, daß man die Schulgesangswoche in Schulmusikwoche umgetauft hat. Und schon allein darin liegt eine in unserem Sinne ungünstige Verschiebung. Denn die ganze moderne Musik krankt daran, daß sie sich von ihrem Mittelpunkt, von der Menschennatur, abgewandt hat. Und nun will man auch dieses Uebel in die Schule hineintragen. Das ist der Kernpunkt des Irrtums! Das Musikbetreiben im Sinne der Einführung in die Musikgeschichte, Formel usw. ist eine tertiäre, Musikbetreiber vermittelte praktische Betätigung an einem Instrument eine sekundäre, endlich das Betreiben von Musik durch die Tätigkeit des eigenen Instrumentes, der Menschennatur, das ist eine primäre künstlerische Selbstbetätigung. Der selbsttätige Gesang in der Schule ist künstlerisch schon deshalb von Bedeutung, weil er zur Selbstbeobachtung zwingt, zur Selbstregulierung und daher auch zur Selbstgestaltung. Der Gesang in seiner Selbstbetätigung des Bewusstseins und Körperlichen ist die gesündeste Menschheitserschließung. Als Gegenstück zur alleinigen „Musikpflege“ bewahrt er vor einer an Sentimentalität und Melancholie freiziehenden Verwahrlosung.

Die physische und gesundheitsfördernde Bedeutung des Singens, vor allem des logischen und richtigen Singens, wurde ganz übersehen. Und das ist gerade das Bedeutsame am Kapitel Schulgesang (siehe Schulmusik ...), was dem Proletariat an der Wirklichkeit jenseits einflößt. Ich kann mich leider an dieser Stelle nicht näher auslassen. Das gehört in die Fachblätter. Doch habe ich die maßgebenden Stellen, insbesondere vor anderthalb Jahren, in des „Musikpädagogischen Zentralblatts“, Heft 11—12 u. 13—14 aufmerksam zu machen gesucht. Es scheint übrigens wichtig, was die ganze Presse vertritt, daß man es am Vorabend des Festes, die 500 bis 600 Musiklehrer in Bezug auf mein Sonderheft zu hören zu haben. Die Diskussionsredner hätte nur 5 Minuten Redezeit. Ich erhielt als erster Redner das Wort und wandte mich zunächst an die Teilnehmer in Anbetracht des wichtigen Materials, mit die Redner zu verlängern. Der Vorleser und Künstler, in eine peinliche Situation versetzt, sprach sich mit aller Kraft dagegen, trotzdem Rufe wie: „weiter sprechen lassen!“ laut wurden. Da ich der einzige Opponent war, wurde es dem Redner erst recht unangenehm, als aus der Reihe der Teilnehmer Entschuldigend eingegriffen wurde, mir einen Sonderdruck einzuräumen. Die Aufmerksamkeit ergab ein einflussreiches „Ja“. Aber der Redner fürchtete den auf Tonkassettengeräten beruhenden Angriff und sorgte dafür, daß ich erst dann zu Wort kam, als die Tagesordnung für beendet erklärt wurde, d. h. als der Redner sich entfernte.

Genossen! Wacht für die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Breslauer Nachrichten

Bericht vom 3. Kongreß der K. J.

(Schluß)

Für die deutsche Sektion der K. J. war von größter Wichtigkeit die Stellung des Kongresses zur Politik der Partei, besonders zur Märzaktion. Die deutsche Bourgeoisie mußte, auf Grund seiner Zwischenmessenstellung zur Entente, zur Sicherstellung seiner Profite, dazu übergehen, den allgemeinen Lohnabbau vorzunehmen. Es mußte seinen Generalangriff gegen den Achtstundentag, zur verschärften Akkordarbeit, gegen die geringen Rechte der Betriebsräte unternehmen. In Mitteleuropa, dem roten Herz Deutschlands, hatte bisher das Proletariat allem Ansehen der Unternehmen Stand gehalten. Unter dem Vorwand gegen Räuberzügen, zum Schutze des Eigentums, schickte Göring seine grünen Heerführer nach Mitteleuropa. Die kommunistische Partei mußte gegen diese Provokation Stellung nehmen. Trotz aller Fehler, die bei der Akkordaktion gemacht seien, stellte sich der Kongreß auf den Standpunkt, daß diese Aktion mit allen Mitteln zu unterstützen war.

Nicht zuletzt die Haltung der früheren Zentrale und der Austritt führender Genossen anlässlich der italienischen Frage habe zu den Fehlern in Mitteleuropa geführt.

Die Vertreter der Opposition auf dem Kongreß, denen besonders Gelegenheit gegeben war, ihre Stellung zu präzisieren, drückten sich um eine konsequente Stellungnahme.

Genosse Trocki stellte ausdrücklich fest, daß Levi nicht ausgeschlossen sei wegen seiner Kritik, sondern deshalb, weil er durch seine Kritik während des Kampfes den Arbeitern in den Rücken gefallen sei und so dem Staatsanwalt Material für die Ausnahmegerichte geliefert habe. Levi habe sich eines großen Disziplinbruchs schuldig gemacht, und der müsse bei einem führenden Genossen härter geahndet werden, als bei einem „einfachen Soldaten“. Wenn Genossin Zeitlin den Paul Levi entschuldigte, er habe durch sein Gewissen gezwungen, so handeln zu müssen, dann stelle er fest, daß auch Koske keine Laten mit seinem Gewissen entschuldigen habe.

Von einer vollkommenen Verneinung des Wesens der kommunistischen Internationale zeugt die Erklärung der K. J. Diese politischen Kinder verlangen die Aufnahme in die K. J. unter vollständiger Unantastbarkeit ihres Programms. Diese Leute vergessen vollkommen, daß sie sich durch diese Erklärung solidarisierten mit den Leuten von der 2. Internationale und den Serattis und Crispians.

Der Kongreß handelte vollkommen recht, als er bezüglich der K. J. ein Memorandum annahm, nach dem binnen drei Monaten die K. J. erklären muß, ob sie, unter Anerkennung der Aufnahmebedingungen der K. J. beitreten wollen. Lebensfalls sei der jetzige Zustand als „sympathisierende“ Partei unhaltbar.

In der Diskussion glaubte ein Genosse feststellen zu müssen, daß die Ansicht, nach der Deutschland in keiner Weise mehr konkurrenzfähig sei, nicht zuträfe. Auf Grund seiner tiefen Valuta sei es sehr wohl dazu in der Lage. Ferner konnte er nicht verstehen, daß der Kampf gegen die Amerikabamer Internationale und gegen die Menschewiki unter Umständen notwendiger sei, als gegen die Orgefa.

Genosse E. stellte in seinem Schlusswort fest, daß trotz der tiefen Valuta und der niedrigen Löhne Deutschland nicht konkurrenzieren könne, da zunächst Deutschland auf Jahrzehnte belastet sei mit den Reparationen und ferner die anderen Export- und Importländer sich gegen eine Einfuhr deutscher Waren und gegen die Eroberung neuer Märkte durch Deutschland mit allen Mitteln (Anti Dumping, Zölle usw.) wehren werden.

Die Leuten der Menschewiki und der Amerikabamer seien so offenkundig konterrevolutionär, so ganz darauf eingestellt, den Kapitalismus unter dem größten Glanz der Proletariat aufzubauen, daß sie nicht scharf genug belämpft werden können.

Freie Einfuhr von Kondensmilch. Wie den S.P.R. mitgeteilt wird, ist durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver mit Wirkung vom 15. September 1921 freigegeben. Der Zeitpunkt der Freigabe ist auf den 15. September 1921 festgesetzt, weil zu dieser Zeit ein Zurückgehen der inländischen Milchmilkproduktion zu erwarten ist. Bis zum 15. September behält die Einfuhr von Kondensmilch und von Milchpulver wie bisher der Genehmigung der Reichsstelle für Sachgegenstände.

Aus der Provinz

Ein neuer Betriebsrat

Schneidersberg i. Niesengeh. In der hiesigen Porzellanfabrik fand vor einiger Zeit eine Betriebsratswahl statt, in der unter Genosse Langer die Verhältnisse klarlegte, die ihn zwingen, sein Mandat als Betriebsrat niederzulegen. Der Betriebsrat besteht aus dem Vorsitzenden der hiesigen SPD und noch einem seiner Genossen, die die eine Eigenschaft haben, mehr als einmal die Woche in Kainstein besessen zu liegen und von den anderen Arbeitern belächelt zu werden. Aber dieses wäre ja eine eigene Angelegenheit, wenn nicht die Mittel, die zu solchen gewöhnlich billigen Gelegenheiten gehören, aus Quaere geschöpft würden, die einem unabhängigen Genossen als Betriebsrat unmöglich möglich. So hat z. B. Hanzsche, Vorsitzender der SPD, es für nötig gefunden, die Methoden der Bourgeoisie nachzuahmen und eine Hochzeit für seine Tochter veranstaltet, in der natürlich in aller Form in die Kasse geschlagen wurde, als Vorsitzender der SPD. Dieses wäre noch zu verzeihen. Aber wenn man sich zu solchen Belastungen des Geld von den Kapitalisten hangt in einer Höhe von mehr als 1000 Mark und dann noch als Betriebsrat seine Pflicht tun will, ist dieses ein Ausmaß der SPD-Leute. Genosse Langer legte dieses klar und der Leiter der Betriebsratswahl, Gewerkschaftsjournalist Kreitzmann, konnte es nicht übers Herz bringen, zu belächeln, sondern, dass dieses ist bei diesem Herrn ist der Fall, unsere Genossen Langer als einzigen Kandidaten zu belächeln und sich noch obenbein an ihm tödlich zu vergreifen. Das ist unverständlich eine neue gewerkschaftliche Taktik. Es wäre überhaupt unverständlich, die Frage beantwortet zu wissen, ob Herr Kreitzmann seine Kandidaten aus derselben Quelle bezieht als seine Genossen. Denn, daß dieser auch sonst nicht gerade einfache Lebenshaltung von seinem Gehalt bezieht, ist mehr als anzunehmen. Sein finanzieller Umgang macht von Tag zu Tag und sein Verhalten wird durch den Geldmangel immer grübler. Herr Gen. Langer konnte es nicht erdulden, länger mit solcher Selbstlosigkeit mitzuwirken. Er legt sein Mandat nieder.

einmal werden doch den Arbeitern diese Praktiken zum Denken anregen.

Landeshut. Der Bauarbeiterstreik beendet. Vor vier Wochen traten die hiesigen Zimmerer in den Streik mit der Forderung: Erhöhung des Stundenlohnes von 5,— Mk. auf 5,75 Mk. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter wurden daraufhin ausgesperrt. Die hier erst im Frühjahr gegründete Bauhilfsunion nahm eine größere Anzahl Kräfte auf und wurde dort zu dem geforderten Lohn weitergearbeitet. Mit der Aussperrung hatten sich aber die Unternehmer arg in die Kasse gesetzt, denn es war der Streikleitung möglich, bis auf 18 Bauhilfsarbeiter alle Streikenden und Aussperrten unterzubringen. Dieselben arbeiten jetzt zum größten Teil im Waldenburger Industriegebiet. Während des Streiks bzw. Aussperrung wurden von der Bezirksleitung in Breslau Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband geführt, und da keine Einigung erzielt werden konnte, der Schlichtungsausschuss angerufen. Laut Schlichtungsprotokoll in Landshut für gelehrte Bauarbeiter 5,45 Mk., für die Bauhilfsarbeiter 5,05 Mk. Stundenlohn gezahlt werden. Die Bauarbeiter lehnten in einer gut besuchten Versammlung diesen Schlichtungsprotokoll ab und verlangten, nachdem die hiesigen Unternehmer die gesamte Bauarbeiterchaft einfach auf die Straße gesetzt hatten, örtliche Verhandlungen. Endlich mußten sich die Herren Arbeitgeber zu örtlichen Verhandlungen bequemen und verstanden sie sich dazu, den gelehrten Bauarbeitern 5,55 Mk. und den Bauhilfsarbeitern 5,15 Mk. zu zahlen. Auch dieses Angebot wurde von den Vertretern der Arbeiter abgelehnt und den Unternehmern rundweg erklärt, daß sie die Antwort der Bauarbeiter sofort bekommen könnten: Die Bauarbeiter arbeiten zu diesen Bedingungen nicht. Also ging der Kampf weiter. In ihrer Not wandten sich die Unternehmer an die beiden Gauleiter des Bauarbeiterverbandes und Zimmerer-Verbandes. Diese erschienen denn auch zur Verhandlung und legten die Unternehmer den gelehrten Bauarbeitern 10 Pf. und den Bauhilfsarbeitern 20 Pf. zu. In einer dann stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, den Streik abbrechen und die Arbeit zu einem Stundenlohn von 5,65 bzw. 5,35 Mk. aufzunehmen; allerdings mit dem Zusatz, daß ein Streikbrecher bei der Firma Söbich, der Zimmerpöller Hegel entlassen wird, da er kein Zimmermann bei der Firma in Arbeit tritt und mit dem andern, dem Maurerpöller Kleinwächter, kein Maurer zusammenarbeitet.

Waltz. Am 21. Juli fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Hamann über das Thema: „Das Ultimatum und die neuen Steuern“ sprach. Die sehr gut besuchte Versammlung spendete dem Redner reichen Beifall. An diesem Abend wurde auch der Grundstein für eine Ortsgruppe unserer Partei gelegt. Eine Teller Sammlung für die „Rote Hilfe“ ergab 27,60 Mark.

Lebensmittelverteilung.

- Vom 28. Juli bis 9. August 1921: Grieß auf Nährmittelmarte 240 und Zusatznährmittelmarte 55 (für Mütter).
- Vom 28. Juli bis 6. August 1921: amerik. Weizenmehl auf Lebensmittelkarte T. 12.
- Vom 28. Juli bis 2. August 1921: Zucker auf Lebensmittelkarte T. 11.

Zur Beachtung!

Wer die Lebensmittelkarte T. 11 nicht bis spätestens 2. August 1921 einlöst, geht des Anspruchs auf den Zucker verlustig. Ein Umtausch von Marken oder eine Verlängerung der Befristungsfrist findet unter keinen Umständen statt.

Die Kleinbändler werden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß nicht etwa auf andere Lebensmittelmarken, Zucker verabsichtigt wird. Irrtümer werden keinesfalls anerkannt. Die Kleinbändler haben mit den schärfsten Maßnahmen zu rechnen, wenn diese Bestimmung nicht beachtet wird.

Die August-Zuckermarken, die über 1½ Pfund lauten, sind mit 2 Pfund zu befeuern. Die Kleinbändler erhalten die August-Zuckermarken ebenfalls mit 2 Pfund befeuert.

Vom 1. bis 7. August 1921 gilt der Brotmarkenstreifen Nr. 5, vom 8. bis 14. August 1921 der Streifen mit der Nr. 6 aus dem Sammelbogen mit dem Verbandsdruck der Engelhardt-Brauerei.

Verantw. Red.: Fritz Commerfeld, Berlin. — Verlag Soz. Verl., e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felig Wolf, GmbH, Berlin 614.

Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr:
Einziges Sommerparadies
in Breslau.

Alt-Metalle

kauft OTTO, Robustr. 8

Lieblich - Theater

7 1/2
„Der verjüngte Adolar“
Musik von Kolla
Betty Feiner
Henry Bender

Der Kommunistische Gewerkschafter

Wochenzeitung für die Tätigkeit der
Kommunisten in den Gewerkschaften
und Betriebsräten
Preis pro Nummer 0,20 Mk., im Abonnement 1/4 Jahr 3,— Mk.
Sachben erschienen die Nummern 27
Die laufenden Nummern bis 26 sind noch vorrätig.

Bestellungen nimmt entgegen:
Kommunistische Bucherei
Breslau V, Gräbchenstr. 45